

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Willi Eichler

Einheit vor Freiheit
im Programm der NPD

Andreas von Weiss

Die ideologischen
Grundlagen
der Neuen Linken

B 15/69

12. April 1969

Willi Eichler, geb. 1896 in Berlin, Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung, von 1946 bis 1968 Mitglied des Bundesvorstandes der SPD und Leiter ihrer Kommission für die Ausarbeitung des Godesberger Programms, seit 1946 Herausgeber von „Geist und Tat“, seit Jahrzehnten in der politischen Erwachsenenbildung tätig.

Veröffentlichungen: Leonard Nelson. Ein Bild seines Denkens und Wirkens, Paris 1938; Der Weg in die Freiheit, Hannover 1955; Grundwerte und Grundforderungen des Godesberger Programms, Bonn 1960; 100 Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1962; Weltanschauung und Politik, Frankfurt 1967.

Andreas von Weiss, Dr. phil., geb. 26. November 1910 in Reval, Studium der allg. Sprachwissenschaft, Germanistik, Philosophie.

Veröffentlichungen u. a. speziell auf dem Gebiet der Philosophiegeschichte (Probleme des Nachfolgemarxismus): Leszek Kołakowski und die Entfremdung; Die Diskussion über den Historischen Materialismus in der deutschen Sozialdemokratie. 1891—1918; Freie Marxisten in den USA. Die Radicals um die Zeitschrift DISSENT; Mitarbeiter an der Enzyklopädie „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“ mit den Beiträgen: „Definition“, „Gesetz — Gesetzmäßigkeit“ und „Historischer Materialismus“.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Einheit vor Freiheit im Programm der NPD

Dringlichkeit der Kooperation demokratischer Kräfte

„Ein Gespenst geht um in Europa!“ An diese Worte von *Karl Marx*, die im Jahre 1848 das „Manifest der kommunistischen Partei“ alarmierend und selbstbewußt einleiteten, wird man angesichts mancher zeitgenössischer Erörterungen über die National-Demokratische Partei Deutschlands (NPD) erinnert. Gibt es hier wirklich Analogien? *Marx* erwartete im Frühjahr 1848 felsenfest die soziale Revolution, und zwar unmittelbar. Sie begann auch wirklich und bewies sehr schnell, daß der Kommunismus seinerzeit tatsächlich mehr ein Gespenst als eine ideelle oder gar praktisch-politische Realität war. *Karl Marx'* Freund *Friedrich Engels* hat fast ein halbes Jahrhundert später über die „Illusion“ gesprochen¹⁾, die sich beide über die Möglichkeit gemacht hatten, die „soziale Umgestaltung durch einfache Überrumpelung zu erobern“. Dabei gab er sich einer neuen Illusion hin, nämlich zu glauben, daß bei einer revidierten Kampfweise — der Ausnutzung des legalen Weges der Agitation und des Wahlrechts — schon am Ende des Jahrhunderts seine Bewegung „die entscheidende Macht im Lande“ geworden sein würde. Diese „Revision“ der Kampfweise führte schließlich zur Revision der *Lehre*, zum erbitterten Streit zwischen „Orthodoxen“ und „Revisionisten“, und endlich 1917 mit Beginn der russischen Oktober-Revolution zur definitiven Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Lösung der sozialen Frage

wurde durch diese Spaltung unendlich verzögert, aber nicht aus der Welt geschaffen. Und wenn wir eine *aktuelle* Lehre aus diesen Tatsachen ziehen wollen, dann die, daß die *demokratischen* Kräfte der Welt für ihre eigene Selbstbehauptung gar nicht ernsthaft genug an ihrer Kooperation und an einem möglichst engen Zusammenschluß arbeiten können, um die Herausforderung des Kommunismus und

Andreas von Weiss:

Die ideologischen Grundlagen

der Neuen Linken S. 15

des Nationalismus mit der nötigen Wirksamkeit bestehen zu können. Denn wenn die *sozialistischen* Kräfte damals zusammen geblieben wären, hätten sie ihre Erfolge nicht nur beschleunigt, sondern die Entwicklung zum Kommunismus vielleicht überhaupt *verhindert*. So hat die Entwicklung dahin geführt, daß sich heute der demokratische Sozialismus mit vielen seiner Forderungen durchgesetzt und auch der Kommunismus längst die Geisterwelt verlassen hat — allerdings in wesentlich anderen Zeiträumen, als seine Schöpfer erwarteten, und in anderen Formen, als ihre humanistische Gesinnung sie im Kommunismus für gesichert hielt.

Gefahr der Übertreibung — und der Verharmlosung

Aber nicht nur die dringende Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens der „Demokraten aller Länder“ wird durch dieses Beispiel demonstriert. Es lassen sich daraus auch in zweifacher Hinsicht für die Beurteilung des Phänomens der NPD Ähnlichkeiten ableiten. Auch

bei dieser Erscheinung drängt sich geradezu auf, daß seit einigen Jahren zunehmend heftig — um nicht zu sagen hektisch — in ganz Europa trotz der auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkten Aktivität von der NPD wie von einem *Gespenst* gesprochen wird.

Es handelt sich um die überarbeitete und ergänzte Fassung eines Beitrages, der zuerst in „The Wiener Library Bulletin“, Institute of Contemporary History, Winter 1968/69, vol. XXIII, No. 1, erschienen ist.

¹⁾ In der Einleitung zur Neuausgabe einiger Aufsätze von *Karl Marx* (1850) unter dem Titel „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ (im Jahre 1895). Siehe: *Karl Marx*, Politische Schriften. 2. Bd., Stuttgart 1960, S. 1070 ff.

Die Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen von Ende 1966 bis April 1968 sind gewiß gehaltvoller als die des Kommunismus in seiner Anfangszeit. Aber es scheint uns trotzdem nicht begründet zu sein, der NPD immer weitere und schnell wachsende Erfolge zuzutrauen. Dieser Glaube aber scheint uns die Größe der Gefahr sinnlos zu übertreiben und sie damit zu vergrößern, weil diese Übertreibung natürlich Wasser auf die Mühlen der NPD treibt.

Aber eine zweite Lehre aus der Analogie verdient ebenfalls im Auge behalten zu werden: Auch wer die Gefahr der NPD heute weit weniger groß sieht, als es viele unserer Kulturpessimisten tun, sollte nicht vergessen, daß sowohl die Partei der Bolschewisten als auch

die der Nationalsozialisten klein angefangen hat, so daß man *Lenin* gelegentlich verspottete, seine Parteigänger hätten in einer Telefonzelle Platz. Beim Vergleich der beiden Parteien sollte man allerdings neben den vielen überraschenden Gemeinsamkeiten²⁾ im Politisch-Organisatorischen den *Unterschied* bedenken, daß der soziale Appell der Bolschewisten ungleich größer und echter und ihre theoretischen Voraussetzungen tiefer als das verlogene „Gedankengut“ der Nazis waren. Aber auch diese konnten ja offenbar nur siegen, weil sie an irgendeinen substantiellen Kern der „Volksseele“ rührten. Ob das die NPD auch tut, das wird viel zu wenig analysiert und meist viel zu rationalistisch beiseite geschoben.

„Zehn Prozent Anti-Europäer“

Kommen wir also zu den bisherigen Erfolgen der NPD. Sind sie wirklich über alle Maßen ungewöhnlich? Die Diskussion darüber hat sich besonders heftig entzündet am Beispiel der Wahlen zum Landtag von Baden-Württemberg im April 1968. Bleiben wir zunächst bei einigen Stimmen, die von jenseits der bundesdeutschen Grenzen kamen:

„Die Resultate der Sozialdemokraten . . . werden die Forderungen aus dem breiten Parteivolk verstärken, aus der Koalition in Bonn auszusteigen.“³⁾

„Wenn die SPD im nächsten Jahr eine Katastrophe verhindern will, muß sie damit beginnen, sich als Alternative zur CDU anzubieten, und dieses wird unvermeidlich ein gespanntes Verhältnis in der Koalition auslösen.“⁴⁾

„In dem größten Erfolg ihrer dreijährigen Geschichte erzielte Westdeutschlands Neonazi-partei alarmierende Gewinne.“⁵⁾

„Der Erfolg der NPD ist die Quittung auf eine lange Serie des Schwankens und Zögerns ge-

genüber dieser Gruppierung sowohl in der Politik der Christlichen Demokraten wie auch in der der Sozialdemokraten.“⁶⁾

„Diese Wahlentscheidung stellt eine ernste Mahnung für die Große Koalition dar. Sie ist für den Westen beunruhigend, indem sie Moskau psychologische Waffen an die Hand gibt, die der Kreml gegen die von einigen seiner Satelliten eingeleitete Liberalisierungspolitik ausbeuten dürfte. Sie ist auch beunruhigend für das Europa der Sechs. Diese zehn Prozent sind Anti-Europäer, und Kiesinger muß dem, ob er will oder nicht, Rechnung tragen.“⁷⁾

„Die Anhänger der traditionellen Rechten und diejenigen des Nazismus mischten ihre Stimmen, die gleichzeitig die Unzufriedenheit der einen und das Heimweh der anderen ausdrücken. Die Auswüchse der Agitation in den studentischen Kreisen West-Berlins haben darüber hinaus die Partei von Thaddens begünstigt.“⁸⁾

Was kann man diesen Stimmen entnehmen? Lassen wir hier beiseite, welche Rolle bei dieser Wahlentscheidung die Bildung der „Großen Koalition“ als solche gespielt hat. Für den Erfolg der NPD spielt sie wohl kaum eine wesentliche Rolle; es gibt für ihn andere Gründe genug. „Le Figaro“ scheint uns der richtigen Deutung am nächsten zu kommen. Die „Anhänger der traditionellen Rechten“ und die des

²⁾ Was die Gemeinsamkeiten angeht, so ist besonders darauf zu verweisen, daß bis heute nicht ausreichend erforscht ist, wie es dazu kam, daß die „Gleichschaltung“ ihrer Gegner den beiden Parteien so schnell und so gründlich gelang — wobei „Gleichschaltung“ das Verhalten und sehr oft nicht die innere Zustimmung betrifft. Aber beides gelang erst nach der „Machtergreifung“! Auch das ist eine Lehre: Die Macht kann auf Argumente weitgehend verzichten!

³⁾ The Times vom 29. 4. 1968.

⁴⁾ The Guardian vom 29. 4. 1968.

⁵⁾ Daily Express vom 29. 4. 1968.

⁶⁾ L'Aurore vom 29. 4. 1968.

⁷⁾ Le Combat vom 29. 4. 1968.

⁸⁾ Le Figaro vom 29. 4. 1968.

Nazismus summierten „ihre Stimmen, die gleichzeitig die Unzufriedenheit der einen und das Heimweh der anderen ausdrücken“. Unzufriedenheit und Heimweh glauben wir allerdings bei *beiden* Gruppen zu finden; aber diese Feststellung des „Figaro“ trifft doch den Kern der Frage; denn es ist keineswegs überraschend in der deutschen Geschichte, daß sich 10 % der Wähler für eine nationale oder nationalistische Politik aussprechen. Und noch weniger kann es erstaunlich sein, daß diese

Stimmen im Grunde auch antidemokratisch sind, selbst wenn sie sich zum demokratischen Grundgesetz „bekennen“. Bis zum Überdruß aber wird der Bundesrepublik vor allem im Ausland die Entwicklung in der Weimarer Republik vorgehalten, in der es *Hitler* nach den „vierzehn Jahren der Schmach“ gelang, die Macht an sich zu reißen und danach Deutschland, Europa und die ganze Welt in Brand zu setzen, der bis heute noch nicht ganz gelöscht werden konnte.

Bonn ist nicht Weimar!

Wir wollen deshalb auch klarstellen, daß wir die Sorgen der Welt vor einer Wiederholung dieser schrecklichen Erfahrungen *verstehen*, denn der relativ geringe Erfolg der NPD *könnte* sich ja als erster Schritt zu einer Massenbewegung irrationalen Inhalts ausweiten. In Weimar hatten die Nazis einige Jahre auch nur ein Dutzend Abgeordnete — und nicht bessere als heute die NPD. An dieser Einschätzung der NPD wäre also schon etwas dran, *wenn* Bonn gleich Weimar wäre! Hier aber müssen sich die Geister scheiden: Denn Bonn ist *nicht* Weimar! Mindestens für längere Zeit nicht — und wenn es dies je würde, dann läge das mehr an den deutschen und nichtdeutschen Demokraten als an der NPD. Wenn wir sagen: Bonn ist nicht Weimar, dann heißt das natürlich nicht, daß es keine „nationale Rechte“ gäbe; es heißt auch nicht, daß die ehemaligen Nazis ausgestorben oder alle bekehrt seien. Der „Figaro“ hat darin völlig recht. Auch in der Bundesrepublik haben sie sich *immer* geregt: Die Deutsche Reichspartei (DRP) hatte im Jahre 1949 einige Abgeordnete im Bundestag und die später vom Bundesverfassungsgericht verbotene Sozialistische Reichspartei bekam 1951 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen fast 11 % und in Bremen 8 % der Stimmen. Freilich hat sich das politische Bild der Bundesrepublik seitdem wesentlich geändert. Es gab damals viele Arbeitslose; die Heimatvertrie-

benen litten zum Teil große Not; die Wohnungsknappheit war schlimm. Das alles ist heute sehr viel besser geworden. Die neuen Erfolge der NPD müssen also weitgehend andere als *solche* Gründe haben. Halten wir aber trotzdem zunächst fest, daß selbst *diese* Erfolge in Deutschland nicht exorbitant sind, wie uns „The Daily Express“ glauben machen möchte, der darin sein Deutschland-Bild bestätigt zu erhalten glaubt. Gerade wenn wir Weimar und Bonn in ihrer demokratisch fundierten Struktur miteinander vergleichen, dann zeigt sich die ganze Unhaltbarkeit von Annahmen, auch die Bundesrepublik könne in das Kaudinische Joch einer neuen nationalistischen Welle geraten und Europa damit eine Neuauflage Hitlerscher Terrorherrschaft zugemutet werden. Selbst das „alarmierende“ Ergebnis von Baden-Württemberg hat *klar* gezeigt, daß 85 % der Wähler eindeutig *den* Parteien der Bundesrepublik ihre Stimme gegeben haben, die sich in ihrer Vorstellungswelt und in ihrer politischen *Praxis* — wenn auch mit unterschiedlich starken Akzenten — zur Demokratie bekennen. In der ganzen Geschichte Deutschlands, die Weimarer Republik eingeschlossen, hat es *solchen* Konsensus im Grundsätzlichen und im Praktischen einer demokratischen Politik *nicht* gegeben, wie er sich selbst bei den Wahlergebnissen mit den größten Erfolgen der NPD darstellt.

Die drei Zerstörer der Demokratie

In Weimar hat *von Anfang an* solche Einmütigkeit nicht bestanden — und die ersten Zustimmung zum Versuch des Aufbaus eines demokratischen Gemeinwesens bröckelten sehr bald nach der Unterzeichnung des Versailler

Vertrages ab. Eindrucksvoll ist zum Beispiel das Schicksal der Deutschen Demokratischen Partei, die von 75 Mandaten im Jahre 1919 auf 5 Mandate im März 1933 absank. Jahrelang haben die Deutschnationale Volkspartei,

die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Kommunistische Partei Deutschlands gegen die Demokratie gewütet, die sie nicht reformieren, sondern zerstören wollten, was ihnen schließlich gelang. Nur weil sie sich natürlich über ihre negative Ablehnung der Demokratie hinaus politisch nicht einigen konnten, hatte die Demokratie eine längere Atempause bekommen!

Bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 — nach der eine katastrophale Inflation überwindenden Währungsreform — erhielten die Nationalsozialisten (NS), die Deutschnationalen (DN) und die Kommunisten (KP) zusammen 38,6 % der Stimmen. Einige Monate später gab es Neuwahlen. Sie brachten dem antidemokratischen Trio einen kleinen Rückgang an Stimmen, der sich nur noch einmal 1928 unter

besonders günstigen Bedingungen etwas verstärkte. Das Gesamtbild der Wahlen sah wie folgt aus:

Reichstagswahlen vom
4. Mai 1924 bis 5. März 1933:

	NS	DN	KPD	Insgesamt
4. 5. 24	6,5	19,5	12,6	38,6 %
7. 12. 24	3,0	20,5	9,0	32,5 %
20. 5. 28	2,6	14,2	10,6	27,4 %
14. 9. 30	18,3	7,0	13,1	38,4 %
6. 11. 32	33,1	8,3	16,9	58,3 %
5. 3. 33	43,9	8,0	12,3	64,2 %

Woran scheiterte die Weimarer Republik?

Die Gründe für das traurige Schicksal der Weimarer Republik sind noch kaum historisch eindeutig geklärt. Es begann sich bereits abzuzeichnen, als die beiden linken Parteien, die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen, bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 nur rund 45 % der Stimmen erhielten, was sie ohne Frage ihrer Spaltung und der Agitation der Kommunisten, die diese Wahlen boykottierten, zu verdanken hatten. Der revolutionäre Impuls war also abgetötet. Wenn man der Sozialdemokratie, der man in den Tagen der militärischen Niederlage die Verantwortung für das Deutsche Reich übergeben hatte, vorwirft, sie sei auf diese Tatsache nicht hinreichend vorbereitet gewesen, so mag daran etwas Wahres sein. Vorbereitet im Sinne einer geplanten Politik war aber *niemand* auf dieses Ereignis. Es kam also weitgehend auf entschlossene und wirksame Improvisationen an. Und da zeigte es sich als verhängnisvolle Fehlhaltung, daß die deutschen Demokraten jener Zeit von den demokratischen Siegern des Weltkrieges nicht unterstützt, sondern eher gehemmt worden sind. Der Versailler Vertrag bestrafte die demokratischen Nachfolger des Kaiserreichs für *dessen* Sünden. J. M. Keynes bezeichnete die Reparationssummen schon damals als schlichten Wahnsinn. Die „nationale Opposition“, wie sie sich in alter Überheblichkeit nannte, gewann schnell Oberwasser mit ihrer Agitation

gegen die „Erfüllungspolitiker“, die dem Vertrag zugestimmt hatten und jetzt als die Verführer hingestellt wurden, die dem Volk die Kapitulation angeraten hätten. Trotzdem wurde der erste offene Versuch der Gegenrevolution, der *Kapp*-Putsch, abgewehrt. Aber die Inflation hatte die kleinen Sparer und große Teile des Mittelstandes wirtschaftlich ruiniert. Den „neuen“ Männern wurde die Schuld hierfür angekreidet und damit der politischen Rechten die Agitation erleichtert. Trotzdem bedurfte es erst noch der verheerenden Weltwirtschaftskrise, um dem Irrationalismus der Nationalsozialisten die Schleusen zu öffnen, nachdem sich gerade bei den Wahlen von 1928 eine gewisse Beruhigung als Ergebnis der relativen Stabilisierung nach der Durchführung des *Daves*-Plans von 1924 eingestellt hatte.

Wir wollen mit dieser Feststellung nicht einfach „das Ausland“ mit der Verantwortung für den Zusammenbruch von Weimar belasten. Für jeden Einsichtigen mußte klar sein, daß der Weg aus den Schwierigkeiten der Weimarer Republik hinaus durch *Hitlers* Nationalsozialismus nicht einfacher werden konnte! Aber bei sieben Millionen Dauerarbeitslosen, bei dem ständigen Trommeln der Nationalsozialisten und bei dem Bürgerkrieg der letzten Jahre von Weimar hatten die Einsichtigen an Zahl abgenommen — und das Ausland hat sie nicht ermutigt. Es war *Hitler* gegenüber viel

entgegenkommender, der viele Verbote des „Versailler Systems“ mit offener oder dulden-der Zustimmung der früheren Alliierten beseitigen konnte. Das erhöhte seinen Kredit beim deutschen Volk, aber die Gefahr für Deutschland und die Umwelt verstärkte sich. Der Papst schloß mit ihm ein Konkordat ab; die Berliner Olympiade war ein Welterfolg für

ihn; er durfte die allgemeine Wehrpflicht einführen und das Rheinland remilitarisieren, ohne daß die Locarno-Mächte intervenierten, wozu sie sogar vertraglich verpflichtet waren; er durfte Österreich „heimführen“ und die Sudetendeutschen „befreien“ — und erst seine Besetzung von Prag brachte die Wendung, ohne noch den Krieg verhindern zu können.

Die Bundesrepublik im geteilten Deutschland

Wozu sollen diese Erinnerungen gut sein? Nur um zu zeigen, was in Bonn anders ist als in Weimar. Das neue Deutschland nach 1945 hat verglichen mit dem nach 1918 den traurigen Unterschied aufzuweisen, daß wir heute ein gespaltenes Deutschland haben. Es ist zu billig zu sagen, das sei die Verantwortung der Alliierten gewesen, denn die scharfe Trennung zwischen Ost und West, die sich bald nach dem gemeinsamen Waffengang gegen die „Achse“ vollzog, die ihn unter Hitlers Führung provozierte, ist ja nur der Ausdruck dafür, daß die Waffenbrüderschaft der vier Alliierten nur im Negativen begründet war: im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind. Darüber hinaus geht es um den Gegensatz zwischen Demokratie und Kommunismus. Deutschland ist bis heute das Opfer dieses Gegensatzes, der sich in zwei Militärblöcken äußerlich demonstriert.

Aber hier interessiert das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland, in der die NPD wirkt,

deren Chancen zur Debatte stehen. Wie sah es in der Bundesrepublik bei ihrer Gründung und wie sieht es heute dort aus? Bleiben wir zunächst bei der Wirtschaft. Die anfänglichen Schwierigkeiten wurden erheblich vermindert durch die Hilfe aus dem Marshall-Plan. Er zeigte, daß die Westalliierten aus der Erfahrung mit dem Versailler Vertrag viel gelernt hatten. Die Bezeichnung „Wirtschaftswunder“ für die wirtschaftliche Entwicklung sagt deutlich genug, daß es der Bundesrepublik wirtschaftlich jedenfalls nicht schlecht geht, wenn auch an diesem „Wunder“ nicht alle gleichermaßen beteiligt waren. Aber wir sagten bereits, daß — da eine gewisse „Rezession“ im Herbst 1966 inzwischen überwunden wurde — wirtschaftliche Gründe kaum den Erfolg der NPD ausmachen können. Welche Gründe sind es also? Um diese aufzuzeigen, müssen wir die zwanzig Jahre seit dem Ende des Hitler-Krieges kurz rekapitulieren.

Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung

Hitler hatte diesen Krieg nicht im Auftrag, aber im Namen Deutschlands begonnen und eindeutig verloren. Diesmal hatte die Heeresleitung kapituliert, eine neue „Dolchstoßlegende“ konnte nur auf Geistesschwache Eindruck machen. Die Nürnberger Prozesse stellten zwar Sieger und Ankläger in einer Person; sie ließen zwar die Anklagen aus, die Ankläger betrafen, aber im großen und ganzen wurde das Urteil als gerecht angenommen. Der Wille zum demokratischen Neubeginn war ziemlich allgemein wie die Bereitschaft zur Wiedergutmachung. Für eine Abwertung des kommunistischen Einflusses sorgten am meisten der Kreml und seine Besatzungsmethoden im Osten Deutschlands. Die Wahlziffern für die KPD sind in den letzten Jahren ihrer Legalität auf einige Prozent beschränkt geblieben.

Den nachfolgenden kommunistischen Tarnorganisationen geht es nicht besser. Der schnelle Bruch zwischen den früheren Alliierten, die scharfe Trennung zwischen „Ost“ und „West“, verhinderte einen Friedensschluß und gab den konservativen Kräften in Deutschland Auftrieb. Die Erfahrungen mit der kommunistischen Politik beim Staatsstreich in der CSSR, bei der Berlin-Blockade und im Korea-Krieg ließen den Westen nach der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik rufen. Die Wahl zwischen West und Ost, die bei den meisten Bürgern Deutschlands zugunsten des Westens ausfiel, führte zunächst dem Osten gegenüber zu einer „Politik der Stärke“, militärischer Stärke und politischer Intransigenz. Das ging so weit, daß man warnende Stimmen, die darauf hinwiesen, daß ohne den „Osten“, was immer

man über sein System denken mochte, eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich sei, als national unzuverlässig, als unbewußte Agenten Moskaus hinstellte, die, da sie die bloße Politik militärischer Stärke als unzureichend ansahen, auch die Wiedervereinigung gefährdeten. Im Westen sah man diese Frage anders. Denn wie Walter Lippmann später enthüllte, wußte man in Amerika, daß die „Politik der Stärke“ praktisch den Verzicht auf die Wiedervereinigung bedeutete, und selbst *de Gaulle* hat gelegentlich, wenn auch sehr spät, gesagt, daß es „ein Traum“ gewesen sei, auf diese Weise Ost und West wiederzueineinen. Als im März 1952 das Angebot *Stalins* für einen Friedensvertrag ohne Diskussion ausgeschlagen wurde, beraubte man sich der Chance, *Stalin* auf die Probe zu stellen. Vorstellungen über ein „europäisches Sicherheitssystem“, die erreichen wollten, daß die beiden

Teile Deutschlands nicht in je einem der feindlichen Militärblöcke standen, wurden als Kapitulant-Neutralität angesehen. Mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO war vorerst jede Chance für eine Wiedervereinigung zunichte gemacht, so wie die Sowjets es angekündigt hatten.

Die Errichtung der Mauer im August 1961 bekräftigte diese Entwicklung noch. Sie hat die Menschen diesseits und jenseits der Zonengrenze an ihr gemeinsames Schicksal erinnert, um so mehr, als die Zeit der größten *materiellen* Not vorüber war. Seit 1966 ist klar geworden, daß die „Politik der Stärke“ als Wiedervereinigungspolitik ein Fiasko gewesen ist. Sie hatte die Fronten vertieft und die Gemüter verhärtet, hatte den Osten in seiner Unnachgiebigkeit gestärkt und den Westen ratlos gelassen. Deutschland war isoliert.

Die allgemeine Frustration

Die Wahlerfolge der NPD beruhen zum großen Teil auf der Stagnation in der Politik der freien Welt. Der „Guardian“ hat sicher recht, wenn er meint, daß „die SPD eine Alternative herausstellen“ sollte — die in der Koalition verlorengegangen zu sein scheint, in Wirklichkeit aber vorhanden war und ist. Aber wenn der „Combat“ schreibt, daß „die NPD das Europa der Sechs beunruhigt“, so mag das zwar stimmen, doch er vergißt, daß dieses Europa der Sechs seit Jahren von keinem so gebremst wird wie von dem vom Komplex des Anti-Angelsächsentums geplagten Präsidenten *de Gaulle*, der den gerade angesichts der östlichen Politik unerläßlichen Zusammenschluß Europas ständig verzögert. Seine Vorstellung von einem „Europa der Vaterländer“, nachdem die „Mutterländer“ ihrer „white man's burden“ endlich verlustig gegangen sind, ist zwar auch prinzipiell gegen supranationale Einrichtungen gerichtet, aber auf seiner Presse-Konferenz am 9. 9. 1968 in Paris hat er enthüllt, daß er Großbritannien nicht etwa wegen seiner komplizierten Wirtschaftslage aus der EWG heraushalten will, sondern weil es den angelsächsischen Einfluß dort stärken würde. Daß er gleichzeitig die NATO in ungeheure Schwierigkeiten und überflüssige Umzugskosten gestürzt hat, macht die Politik der Bundesregierung, die ihm trotzdem ihre Freundschaft immer wieder versichert, in den Augen vieler zu einer etwas hilflosen Geste. Für „nationale

Leute“ vom Schlage der NPD ist das eine „schlappe Haltung“, der größte Vorwurf, den sie jemand machen können.

Halten wir also fest: Das deutsche „Auf-der-Stelle-Treten“ in der Europa-Politik ist etwas auch „national“ Beunruhigendes, und das um so mehr, als die Jugend nach 1946 dem Europa-Gedanken wirklich anhing, weil Europa eine große Kraft zwischen Ost und West darstellen könnte und das Satelliten-Dasein der Länder Europas zugunsten der beiden übriggebliebenen Weltmächte in einen gewichtigeren Status umändern könnte. Diese zukunfts-trächtige Idee ist weitgehend verfliegen — dank *de Gaulle* und zur Freude des Kremls, der ein solches Vorbild seinem Comecon nicht gern gegenüber sähe.

Wie sehr der Kreml die Politik *de Gaulles* schätzt, geht aus der Stellung der besonders sowjet-hörigen Kommunistischen Partei Frankreichs hervor, die den General immer mit Samthandschuhen anfaßte. Aber die Haltung des Kremls gegenüber der Bundesregierung ist nicht weniger gewissenlos: Die ständigen unsubstantiierten Anwürfe Moskaus gegen den „Revanchismus, Militarismus, Nazismus und Revisionismus“ der Bundesrepublik, ihre juristische Spitzfindigkeit, mit der sie beweisen möchte, daß ihr aus alten Verträgen ein „Recht der Intervention“ in die Bundesrepublik zustünde — all das muß geradezu der NPD Pro-

testwähler zutreiben. Diese wissen zwar nicht genau, was man gegen solche Vergewaltigungen der Wahrheit durch die „Prawda“ unternehmen könnte, meinen aber, daß die neue Ostpolitik der Regierung der Bundesrepublik die Gefahren aus dem Osten unterschätze oder daß sie zumindest zu *sanft* auf die Töne Moskaus antworte ⁹⁾.

Es ist also genau umgekehrt, wie es der „Combat“ sieht, der meint, die NPD gebe Moskau „psychologische Waffen gegen die Liberalisierung in die Hand“. Moskau hat auch *ohne* die Bundesrepublik sehr viel *gegen* „Liberalisie-

rungen“ — am 17. Juni 1953 in der Ostzone, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR hat sich für diejenigen, die diesen Beweis noch nötig hatten, gezeigt, daß die Sowjetunion unter Entspannung etwas anderes versteht als viele andere Menschen und daß damit für sie die Aufrechterhaltung des status quo gemeint ist, den höchstens sie selbst zu ihren Gunsten ändern dürfte. Wenn sie irgend etwas noch mit *Marx* verbände, dann sollte sie eigentlich wissen, daß es in der Geschichte auf die Dauer kein Kleben am status quo gibt und daß man auf Bajonetten auf lange Sicht zu unbequem sitzt.

Nationale und Nazis in der NPD

Gewiß gibt es noch manche Nazis in der Bundesrepublik, wie die vielen Prozesse gegen sie gezeigt haben. Aber irgendeine Politik im Sinne der alten Nazis, die für die Politik der Bun-

desregierung maßgebend sein könnte, gibt es nicht. In der Führung der NPD sind ehemalige Nazis reichlich vorhanden. Darüber besagt eine Statistik ¹⁰⁾ folgendes:

Politische Herkunft der NPD-Mitglieder und -Funktionäre

Funktion	Zahl der Amtsträger	NSDAP vor 1933 und hohe NS-Funktionäre	SRP und andere verbotene Organisationen	DRP	Sonstige rechtsradikale Organisationen	Insgesamt belastet (nach Abzug von Doppelbelastungen)
DN-Gesellschafter	12	9	2	11	3	12 = 100 %
Bundesredner	11	6	3	4	4	10 = 91 %
Partei Vorstand	30	12	7	12	12	22 = 73 %
Funktionäre auf Landesebene	446	90	36	162	ca. 120	ca. 300 = 67 %
Landtagsabgeordnete	48	12	6	20	10	29 = 60 %
Funktionäre auf Kreisebene	ca. 2 378	ca. 300	ca. 80	ca. 550	ca. 300	ca. 1 000 = 42 %
NPD-Mitglieder insgesamt ca.	28 000	ca. 2 400	ca. 450	ca. 3 300	ca. 5 300	ca. 9 800 = 35 %

⁹⁾ Diese neue Ostpolitik wird trotz solcher Empfindungen der NPD fortgesetzt werden, weil es erstens keine Alternative gibt, wenn man nicht statt einer Politik der „Entspannung“ eine der „Spannungen“ setzen soll, und weil zweitens diese Entspannungspolitik ihre Erfolge hat. Die Nervosität Moskaus und vor allem Pankows ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß man auch im kommunistischen Lager sein Urteil über die Bundesrepublik nicht mehr nur auf sowjetische Quellen

stützt. Diese Politik ist durch den Überfall des Kremls auf die CSSR erschwert worden, sie hat sich aber nicht als falsch erwiesen.

¹⁰⁾ Vgl. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1968, S. 12. — Der Verfasser weist noch darauf hin, daß in letzter Zeit die „gemäßigten“ Elemente durch „radikale“ ersetzt worden sind, daß aber die NPD sich nach wie vor zur „echten Demokratie“ bekennt.

Diese Ziffern sind in der Tat beunruhigend; aber wir sind trotzdem überzeugt, daß die entscheidende Haltung dieser Partei in einem extremen Nationalismus besteht, der in seiner Übersteigerung allerdings gefährlich genug ist — was ja auch die scharfe Auseinandersetzung mit ihm hervorgerufen hat. Was dagegen die

politische Führung der *Bundesrepublik* und auch die Masse des Volkes angeht, so ist die Sehnsucht nach wirklicher Entspannung echt, und der ausgesprochene Verzicht auf Gewaltanwendung in der Außenpolitik ehrlich gemeint. Moskaus Klagen sind also nicht besser fundiert als die Gründe für den Einmarsch in die CSSR!

Die neue Ostpolitik

Ein weiterer Grund für den Anstieg der NPD-Stimmen liegt in der Haltung der Vertriebenenverbände. Zwar besteht Grund zur Vermutung, daß der größte Teil der Vertriebenen gar nicht zurück in die verlorene Heimat will. Aber er sieht die Hoffnungslosigkeit einer Wiedervereinigung und reagiert entsprechend, obwohl niemand diese Wiedervereinigung einfach abgeschrieben hat. Über die Haltung der Heimatvertriebenen sagen die Wahlergebnisse von Baden-Württemberg im April 1968 ganz eindeutig folgendes:

Die NPD erhielt im *Durchschnitt* etwa 10 % der Stimmen. In besonderen *Vertriebenen-Siedlungen* erhielt sie:

<i>in Aalen</i>		<i>in Stuttgart</i>	
Triumphstadt	13,6	Giebel	20,7
		Rot	15,0
		Mönchsfeld	16,3
<i>in Nürtingen</i>		Freiburg	14,4
X.	13,6	Birnau	16,3
XI.	14,6		
XII.	15,0	<i>in Marbach</i>	
		Hörnle	14,6
<i>in Mannheim</i>		<i>in Ludwigsburg</i>	
Rheinau	14,1	Grünbütel	17,7

Die neue Ostpolitik hatte einen führenden Vertreter der Vertriebenen, einen Sozialdemokraten, zu schweren Vorwürfen veranlaßt,

die bis zum Vorwurf des „Verkaufs seiner Landsleute“ gingen. Am 10. September 1968 haben die in Berlin „beim Tag der Deutschen“ beteiligt gewesenen sozialdemokratischen Vertreter der Landtage und Bürgerschaften an den „Bund der Vertriebenen“ geschrieben: „Der Bund der Vertriebenen kann eine wirkungsvolle und glaubwürdige Vertretung seiner Interessen allein in Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften unseres Landes erreichen.“ Diese Feststellung war erforderlich gewesen, weil auch NPD-Vertreter an dem Berliner Kongreß teilgenommen hatten. Die SPD, so heißt es in dieser Mahnung weiter, „versteht sich nach wie vor als Anwalt der Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie erinnert aber in aller Deutlichkeit an die Urheber des Vertriebenen-Problems.“ *Darüber* reden natürlich die NPD-Leute lieber nicht! Das Gespräch mit den Vertriebenen wird also einen erheblichen Teil weiterer Aufklärungsarbeit ausmachen müssen. Aber an Taten, die hier korrigierend wirken können, sind Erfolge in der Europa-Politik nötig, die das Selbstbewußtsein der Menschen stärken könnten. Leider ist *de Gaulle*, wie *Gustav Heinemann* einmal gesagt hat, vielleicht „eher geneigt, Kanada auseinanderzunehmen, als dabei zu helfen, Europa zusammenzuführen“ — eine Haltung, die zumindest so irrational ist wie die Haltung vieler Vertriebenen.

Das Unbehagen am „Establishment“

Damit haben wir zum Teil die Frage beantwortet, wieweit das Ausland auf die heutige Grundhaltung der Deutschen eingewirkt hat, die wir als ein Gefühl der Frustration bezeichnen möchten, einen Geisteszustand, der zwischen Enttäuschung, Hilflosigkeit und ohnmächtigem Zorn angesiedelt ist. Dieser Zorn hat, wie bei den Studentenprotesten deutlich

geworden ist, zu einer Attacke auf ein nicht faßbares „Establishment“ geführt. Daß dabei oft die Ratio in den Hintergrund gedrängt wird, darf uns nicht wundern. Mindestens seit Freud wissen wir, wozu das große „Unbehagen in der Kultur“ führen kann. Man hat die Deutschen in der Wiedervereinigungsfrage mit leeren Versprechungen hingehalten, so daß

Diese kaum noch Gegenstand vernünftiger Überlegungen sein kann. Das „Provisorium“ des Grundgesetzes scheint versteinert! Die Behandlung Berlins hat seit langem zum Status quo minus x“ geführt: die Salamiaktik der Kommunisten ist bekannt — und die lahme Taktik der Gegenspieler nicht minder. Europäische Politik verhindert *de Gaulle*, nachdem er die NATO fast gesprengt hat. Die Entspannungspolitik der Regierung wird von Moskau und Pankow mit aus der Luft gegriffenen Verleumdungen beantwortet, so daß viele Menschen die Frage stellen, ob sie weiter einen Sinn hat. Man hat gegentlich den Eindruck, daß manche Leute im Ausland es ganz gern sehen, wenn die NPD Stimmen gewinnt, damit sie einen Vorwand haben, Deutschland gegenüber eine Wächterrolle zu spielen. Das zeigt sich zum Beispiel darin, daß man nach wie vor die NPD einfach als „Neonazis“ ansieht. Wir zeigten bereits, daß es viele alte Nazis in der NPD gibt, aber die vielen jungen Leute dort sind kaum einfach mit dem „Gedankengut“ der Nazis zu identifizieren. Was sie bewegt, ist offenbar ein konservativer Nationalismus, der es nicht mehr annehmen will, daß der jungen Generation ständig die Sünden der Väter angekreidet werden, an denen sie nicht teilhatte, und daß die Kritik an den Deutschen von so wenig Selbstkritik der Kritiker begleitet ist. Es ist schwer zu sagen, wieweit das Bekenntnis der NPD zum Grundgesetz ehrlich gemeint ist; aber wenn sie daran festhält, werden ihr auf die Dauer die richtigen Nazis davonlaufen; wenn nicht, wird sie vor der Frage des Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht stehen. Das Verbot der NPD wird schon heute von vielen Bundesdeutschen, insbesondere von den

Gewerkschaften, verlangt — es bleibt als letzter Weg immer offen, wobei man allerdings bedenken muß, daß Verbote selten eine bestimmte Geistesrichtung liquidieren. Auf jeden Fall sollte man versuchen, mit den Nicht-Nazis in ihr zu reden, statt nach jeder Wahl erneut den Kopf zu schütteln über ihre Erfolge, deren Ursprung man nicht begreift. Schließlich protestiert sie ja nicht nur gegen das „Ausland“, auch gewisse Auflösungserscheinungen unserer „Kultur“ scheinen ihr — nicht völlig unbegründet — ein Greuel zu sein. Aber was immer man über sie denkt, man sollte sie ernst nehmen, denn von selbst wird sie nicht verschwinden.

Diese Mahnung richtet sich an alle Demokraten, vor allem natürlich an Deutsche. Die unendlichen Konflikte dieser Welt, und besonders der „westlichen“: Vietnam, die Rassenfrage in den USA, die Schwierigkeiten beim Aufbau der früheren Kolonien, der Entwicklungsländer, der Kampf im Nahen Osten um die Existenz Israels, die Ratlosigkeit bei der Wiedervereinigungspolitik, die Politik der Sowjetunion mit ihren Vetos im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und ihrer Härte gegenüber den Verbündeten des Warschauer Paktes, das ergebnislose Hin und Her in der Organisation Europas, die Schwierigkeiten der NATO und schließlich die Studentenunruhen mit ihrer Tendenz zur Auflösung demokratischer Verfassungen zugunsten von „Räten“, deren Funktion rätselhaft bleibt, der Mißbrauch mancher Freiheiten, wie er sich z. B. in der riesigen Konzentration der Presse zeigt — all dies und vieles andere haben ein „Unbehagen in der Demokratie“ erzeugt, das im Grunde der NPD und ähnlichen Organisationen Auftrieb geben muß.

Die Einheit und Freiheit Deutschlands

Damit kommen wir zu einem Aspekt der Politik der NPD, der uns der gefährlichste zu sein scheint, weil er eine konsequente, wenn auch verhängnisvolle politische Leitlinie enthält. Sie ruht eigentlich auf Fundamenten, die aus *Bismarcks* Zeiten stammen und die den alten Konflikt widerspiegeln, in dem das national bestimmte Bürgertum des 19. Jahrhunderts sich befand. Die Versuche, Deutschland nach dem Ende des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ im Jahre 1806 zu einigen, also die Interessen Gesamt-Deutschlands einschließlich Österreichs und die Preußens auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, haben

schließlich dazu geführt, daß man sich „zwischen Einheit und Freiheit“ entscheiden zu müssen glaubte. Wer durch Einheit zur Freiheit wollte, der meinte damit, daß die Einigkeit der Nation der Freiheit im Innern, daß das Ideal der Nation liberalen Prinzipien notfalls übergeordnet werden muß.

Hans Kohn beschreibt diesen Konflikt in hervorragender Weise in seinem Buch über den „Geist des deutschen Bürgertums“¹¹⁾, aus

¹¹⁾ Hans Kohn, Wege und Irrwege. Vom Geist des deutschen Bürgertums, Düsseldorf 1962.

dem ich als Beispiel *Theodor Mommsen* zitieren möchte (S. 195 ff.). Er verlangte von der Nationalversammlung in Frankfurt, sie solle „Deutschland wiedervereinen und einen Staat errichten, in dem jeder Deutsche gehorchen muß und vor dem jeder Ausländer zittert“. Angesichts der Erfahrung mit *Bismarcks* „Eini-gung der Deutschen“, den er 1881 noch Retter und „Schöpfer“ der Nation nennt, schrieb er als 82jähriger über „unsere Nation, in der der Einzelne, auch der Beste, über den Dienst im Gliede und den politischen Fetischismus nicht herauskommt“. 1896 bekannte er: „Es scheint, daß der wahnwitzige und verbrecherische Eigenwille des Mannes, der leider Deutschland regiert, nun zur Krisis führt und daß alle bösen Leidenschaften und Begierden in diesem Abgrund ihre Rechnung finden. Wir armen Deutschen!“

Die alte Parole der neuen NPD

Diese Beschwörung der deutschen Vergangenheit war nötig, um zu zeigen, daß gerade sie in ihrer autoritär-nationalistischen Linie neu aufgelegt werden soll. Anlässlich der Intervention der Sowjets in der CSSR erklärte Professor Dr. *Hans-Bernhard von Grünberg*, Vorstandsmitglied der NPD¹⁴⁾: „Darauf kommt es an, daß ein erneuertes Deutschland und ein neues Europa als Ganzes keine realen Interessengegensätze gegen Rußland hat. Es ist derselbe Gesichtspunkt, den Bismarck unermüdlich betonte, zunächst für Preußen und dann für das Reich. Allerdings mit wechselndem, aber schließlich durchschlagendem Erfolg. Er sah nur dadurch Konfliktmöglichkeiten, daß das Reich durch Österreich- und Balkaninteressen wie durch westliberale Ideologen in solche hineingezogen würde, sowie durch entsprechende Ideologen und Presseleute in Rußland selbst, die mit der Lockerung des Verhältnisses zu Preußen-Deutschland gleichzeitig die Lockerung der Herrschaftsverhältnisse in Rußland erstrebten.

Angewandt auf die Gegenwart würde das bedeuten: Ein neues Deutschland und das neue

Ähnlich hat sich der konservativ denkende Dichter *Wilhelm Raabe* geäußert: „Der Horizont des Geschlechts, das nach 1870 gekommen ist, ist nicht weiter geworden ... Nach Canossa gehen wir nicht, dafür aber nach Byzanz alle Tage. Wir sollen jetzt Römer sein und dem Staat alles geben und sind doch Menschen mit ausgebildetsten ... Gefühlen.“¹²⁾

Die schärfsten Opponenten der Schein-Alternative „Einheit oder Freiheit“ waren die Sozialdemokraten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Für sie waren Demokratie und staatsbürgerliche Freiheiten unabdingbare konstitutive Elemente eines Staatswesens¹³⁾. Nur eine kleine Gruppe des Bürgertums teilte diese Haltung. Aus dem Geist dieser Tradition sind sowohl die Weimarer Verfassung als auch das Bonner Grundgesetz entstanden. Aus dieser Tradition leben die entschiedenen Gegner der NPD in der Bundesrepublik.

Europa haben die Aufgabe, gegebenenfalls Rußland den Rücken zu decken, und zwar wirksamer als heute Ulbricht, Dubcek, Gomulka usw. mit permanent revoltierenden Bevölkerungen, die alle die Russen hassen.

Zu dieser Aufgabe gehört es, daß einst durch Deutschland und das ganze Europa die Rußlandhasser in Mitteleuropa ebenso gezügelt werden, wie es Bismarck mit Österreich tat, und daß dogmatische Liberalisierungsapostel mit Heilsaufträgen gegen Rußland ebenso zurückgehalten werden, wie Bismarck den ideologisch-rußlandfeindlichen Liberalismus Englands und des deutschen Westens und Südens zurückgehalten hat — damals gegen den Zarismus.

Die Russen wissen trotz aller antifaschistischen Propaganda sehr genau, daß am allerwenigsten die realpolitisch besonnenen Kreise der deutschen und französischen Rechten „revanchistisch“ sind. Es ist aber vorläufig den Russen nicht zu verdenken, daß sie diese Rechte zurückdrängen wollen, weil sie den linken Aufweichungstendenzen im Rücken entgegentritt, die Moskau angenehm sind, weil sie glauben, dadurch um ein zeitgemäßes Abkommen mit Deutschland und Frankreich billig herumzukommen, denn mit den alten alliierten Unterwerfungsverträgen von 1945 tut es sich leichter. Vorläufig! —“

¹²⁾ Zitiert a. a. O., S. 194.

¹³⁾ Siehe zu dieser Entwicklung Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit im Sozialismus*, Frankfurt/M. 1964, besonders S. 80—87, 90 f. und 124—145.

¹⁴⁾ Nationaldemokratischer Pressedienst 33/68 vom 7. 8. 1968.

Dieser Politik fehlt es nicht an einer größeren Konzeption. Der Liberalismus und die Demokratie, die Presse- und Vereinigungsfreiheit — das alles erfordert Geduld, Toleranz und die Respektierung des Andersdenkenden. Das entbehrt des äußeren Glanzes, der Paraden, der Aufmärsche und des Berauschtens an kommandierter „Einheitlichkeit“ und des gewalttätigen Auftretens. Selbst *Ludwig Erhard*, gewiß kein Faschist oder gewalttätiger Militarist, suchte aus den Schwierigkeiten einer demokratischen Gesellschaft, die unvermeidlich sind und ständig sachliche Auseinandersetzungen mit sich bringen, den Ausweg in einer „formierten“, d. h. eintönig mitgehenden „harmonisierten“ Gesellschaft, die unerträglich wäre und zudem ohne Gewalt nicht zu erreichen ist. Wenn sich die NPD zu solcher „Harmonisierung“ bekennt, so gewiß aus anderen Gründen als *Ludwig Erhard*. Aber sie tut es eindeutig — anders ist ihre Ostpolitik nicht zu begreifen. Der Feind steht beim Liberalismus und der Freiheit; die NPD hat an uns dasselbe auszusetzen, was *Breschnjew* an *Dubcek* mißfällt. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ sang man zu *Bismarcks* Zeiten; die NPD singt es heute noch, in eine „Geopolitik“ verkleidet.

Es gab in Deutschland immer solche Ostpolitiker. Schon in einer Denkschrift vom Herbst 1922 schrieb *General von Seeckt*¹⁵⁾: „Mit Polen kommen wir zu dem Kern des Ostproblems. Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Existenzbedingungen Deutschlands. . . *Es muß verschwinden* und wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland — mit unserer Hilfe. Polen ist für Rußland noch unerträglicher als für uns; kein Rußland findet sich mit Polen ab.“

Es ist also „alles schon dagewesen“, was die NPD hier vorhat. Und es wird nicht der letzte Versuch dieser Art sein. Er erfordert eine

¹⁵⁾ Friedrich von Rabenau, *Seeckt*, S. 316; zitiert bei *Erich Eyck*, *Geschichte der Weimarer Republik*, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1956, S. 275.

noch bessere Zusammenarbeit der freiheitlichen Kräfte, die um so schwerer ist, weil sie freiwillig erfolgen muß.

Aber auch im übrigen macht man sich die Auseinandersetzung mit der NPD oft etwas zu einfach. So fragte *Günter Grass* anlässlich der Wahlen zum Bayerischen Landtag 1966¹⁶⁾: „Hat die NPD ein Programm? Sie ist für die Todesstrafe und gegen Gastarbeiter. Sie stellt Ansprüche auf Gebiete, in denen, wie es heißt, das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist. Sie ist einfach und schlicht gegen Entwicklungshilfe. Ist das ein Programm?“

Nun, für *Günter Grass* und viele andere ist es wirklich keines. Aber für einige Millionen ist es eins — und auf *die*, nicht auf *Günter Grass*, spekuliert die NPD. Die NPD hat die „Volksseele“ nicht ungeschickt erfaßt. Wir müssen die Vorurteile, von denen sie lebt, zerstreuen helfen. Ich habe mich bemüht, dafür einige Vorschläge zu unterbreiten.

Den eigentlichen Gegensatz, der diesem Streit zugrunde liegt, hat *Leonard Nelson*, einer der konsequentesten Vertreter rechtsstaatlichen Denkens, formuliert, als er in seiner Schlußvorlesung vor Göttinger Studenten am 31. Juli 1914, zwei Tage vor der Mobilmachung, sagte: „Wer . . . mit Berufung auf die sogenannte nationale Idee dem rücksichtslosen nationalen Machtstreben den Schein einer idealen Rechtfertigung zu geben sucht, der mißbraucht einen an sich ehrwürdigen Ausdruck zur Bemäntelung des Egoismus . . . Die Ehre einer Nation besteht ebenso wie die des einzelnen nicht in Dingen, die man äußerlich greifen, oder die einer dem anderen rauben könnte, sondern sie besteht nur im eigenen Geist der Rechtlichkeit. Die Ehre vorzuschützen, um das Recht mit Füßen zu treten, ist in Wahrheit das ehrloseste Beginnen.“¹⁷⁾

¹⁶⁾ Zitiert in der Zeitschrift *Geist und Tat*, Nr. 3, 1968, S. 188.

¹⁷⁾ *Leonard Nelson* (1882—1927), *Vom Staatenbund*, Leipzig 1918, S. 8.

Die ideologischen Grundlagen der Neuen Linken

Die Neue Linke wird als eine Erscheinung des politischen Lebens als bekannt vorausgesetzt. Hier soll von ihren geistigen Grundlagen in einer Übersicht, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umfaßt, die Rede sein.

1. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in die CSSR, der in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 stattfand, schafft eine Zäsur im Ablauf der Gegenwartsgeschichte. Man wird sich daran gewöhnen müssen, manche Tendenzen des Zeitgeschehens, manche politischen Bewegungen, deren Entwicklung man in ihrer Kontinuität zu beobachten hatte, nunmehr auf diese Zäsur zu beziehen. Bei der Darstellung der erwähnten Erscheinungen muß es jetzt heißen: a) Die Entwicklung vor dem 21. August 1968 und b) die Entwicklung nach dem 21. August 1968.

Das Datum vom 21. August 1968 ist nicht nur Zäsur im zeitgeschichtlichen Ablauf, es läßt sich auch als Prüfstein benutzen, an dem die Reaktion der verschiedenen politischen Kräfte gemessen werden könnte, wodurch ihre Wesensmerkmale deutlicher in Erscheinung treten.

Die Methode, den Gehalt, d. h. die Motivation, die Argumentation und die Zielsetzung politischer Bewegungen in einem solchen Prüfstein auf ihre Wertigkeit zu messen, soll auch auf die Neue Linke angewandt werden. Es ergibt sich jetzt die Gelegenheit, die Elemente des Komplexes „Neue Linke“ auf ihren wahren Wert zu prüfen. Dies ist so zu verstehen: Auch die Neue Linke wird nach den Geschehnissen in der CSSR in veränderter Gestalt auftreten; das betrifft Personen, Argumente und Aktionen. Es wird, ausgehend von den August-Ereignissen, zu prüfen sein, welche Züge dieser Bewegung sich in Zukunft als bestimmend durchsetzen werden. Für den Vergleich des Vorher und Nachher ist ein kurzgefaßtes Resümee der bisherigen Entwicklung unerläßlich.

2. Die Neue Linke ist eine Herausforderung für die nichtkommunistische Welt und Gesellschaftsordnung, die sie einer rücksichtslosen Kritik unterzieht. Die Neue Linke ist nicht nur eine weltweite Bewegung, sie hat auch eine weltweite Bedeutung. Unsere Aufmerksamkeit verdient die Neue Linke, weil die Zentren ihrer Aktivität in den nordatlantischen Indu-

striestaaten liegen; dort beeinflußt diese Bewegung die politische Szenerie. Der Ton liegt hier auf Industriestaaten mit nichtkommunistischer Gesellschaftsordnung; deshalb müßten für eine umfassende Betrachtung auch die Verhältnisse in Japan in die Darstellung einbezogen werden. Doch soll hier das Augenmerk auf Nordamerika und Westeuropa gerichtet sein.

3. Die Träger der Neuen Linken als einer politischen Bewegung sind junge Leute, die sich gegen das von Vertretern der älteren Generation verkörperte Establishment auflehnen. Ihrer sozialen Zugehörigkeit nach sind es überwiegend junge Intellektuelle. Die äußerliche — demographische und soziologische — Kennzeichnung der Träger der Bewegung verführt oft zu unzulässigen Verallgemeinerungen, indem man gesellschaftskritische und politische Unruhen, die im Sowjetblock zu verzeichnen sind, mit solchen in den nichtkommunistischen Ländern auf einen Nenner zu bringen versucht. Es wird dann aus weiter darzulegenden Gründen gern von der „unruhigen Jugend“ im allgemeinen gesprochen. Die Gleichsetzung der Studentenunruhen in Warschau oder Prag mit solchen in Berlin oder Berkeley ist eine unstatthafte Vereinfachung. Es ist nicht anhängig, politische Bewegungen nach dem Alter derjenigen zu klassifizieren, die sich in ihnen aktiv hervortun. Eine politische Bewegung erhält ihre Bedeutung durch die in ihr rationalisierten Emotionen, durch ihre Motivationen, die Argumente und durch ihre zielgerichteten Aktionen. Diese Elemente sind z. B. in Berlin und Warschau überaus verschieden gewesen.

4. Die Neue Linke ist der weitgehend rationalisierte oder ideologisierte Ausdruck einer typischen Gefühls- oder Stimmungslage des Menschen im industriellen Zeitalter. Bei den geistigen und psychischen Grundlagen sind zwei Schichten zu unterscheiden. Erstens die Schicht der weitgehend unbewußten, jedenfalls unreflektierten Gefühls-erlebnisse, zweitens die Schicht der Reflexion.

Die Stimmungslage vieler Menschen im industriellen Zeitalter in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch Gefühle der Enttäuschung. Ungeachtet der allenthalben zunehmenden Perfektion des technischen und administrativen Apparates, der erklärtermaßen

zur Daseinssicherung aufgebaut wird, fühlt der Mensch eine innere Leere anstatt der erhofften Erfüllung. Er ist unbefriedigt inmitten des überreichlichen, auf Bedürfnisbefriedigung zielenden Konsumangebotes. Der Mensch fühlt sich klein und unbedeutend in und gegenüber den Apparaten. Er kann seine Eigenpersönlichkeit nicht erleben und empfindet sich nur als Funktion der Technik des Lebens im weitesten Sinne. Die Gemeinschaft der Menschen erscheint ihm gestört, er fühlt sich vereinzelt neben anderen Teilchen einer atomisierten Gesellschaft.

Der Protest gegen diese Erlebnisse äußert sich in verschiedener Weise. Eine Primärreaktion besteht in der Bejahung der Vereinzelung mittels eines forcierten Individualismus. Dieser äußert sich in einer die Gesellschaft karikierenden Haltung des Ohne-mich, wodurch die einzel menschliche Kritik an Kultur und Gesellschaft dokumentiert wird. Alle — im einzelnen sehr unterschiedlich zu bewertenden — modernen Formen des Bohémétums, des individuellen Protestes sind hier zu nennen: Beat-Literatur, Provos, Gammler, Hippies, Raggare, Roker, Hell's Angels usw.

Doch die Artikulation des Protestes in einem bestimmten Verhalten gehört eigentlich bereits in den Bereich der Reflexion und damit in die zweite Schicht der geistig-psychischen Grundlagen der Neuen Linken.

Neben jenen mehr allgemein existenzbezogenen oder individuellen Gefühlen der Enttäuschung bestehen solche konstruktiverer Art. Die ungenügende, kritikbedürftige Welt der Gegenwart, ein Produkt der verabscheuungswürdigen Vergangenheit, muß verändert werden. Die Enttäuschung paart sich mit der Lust an vernichtender und schonungsloser Kritik, einer Form der menschlichen Aggressivität.

Da gerade der junge Mensch seine Unvollkommenheit, seine Unreife oft schmerzlich empfindet, versucht er diesen Mangel durch einen Angriff auf den Nebenmenschen abzureagieren. Es fehlt dem jungen Menschen die Erfahrung, daß das Leben Mühe und Arbeit ist, und zwar eigene Mühe und Arbeit. Er lebt mit seinen Gefühlen, mit seinen Hoffnungen in der Zukunft. Die „Forderung des Tages“, das „hic rhodus, hic salta“, die Notwendigkeit einer gegenwärtigen Pflichterfüllung, hat er noch nicht als das Gesetz menschlicher Existenz erkannt. Er projiziert sein eigentliches Leben in die Zukunft — die Gegenwart ist Behinderung und Unverstand, die Vergangenheit Ballast. Schuld daran ist die ältere Generation — sie

lebte in der Vergangenheit, sie hat die unerträglichen Zustände der Gegenwart gezimmert. All dies muß radikal abgelehnt werden.

Die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen betrifft alle Bereiche. Doch entstehen aus der Kritik an denjenigen Institutionen, die das Zusammenleben der Menschen in einem Gemeinwesen und den Sozialisierungsprozeß, das Hereinwachsen der jungen Generation in die Gesellschaft, ermöglichen sollen, die brennendsten Probleme. Dieser Umstand und die daraus resultierenden Vorgänge machen die Neue Linke zu einer eminent politischen Bewegung.

5. Ein Gefühl der Auflehnung, des Protestes wird aber erst politisch wirksam, wenn es in Begriffen, Vorstellungen und zielsetzenden Ideen Gestalt gewinnt. Man kann diesen Vorgang, einzelmenschlich gesehen, als Rationalisierung bezeichnen. Auf eine Menschengruppe bezogen spricht man besser von Ideologisierung.

Die geistige Grundlage jeder Bewegung ist eine Ideologie. Es gibt keine Bewegung ohne Ideologie. Eine solche bewegungsprägende Ideologie kann sich aus Elementen verschiedener geistiger Systeme zusammensetzen, die durch einen Leitgedanken verbunden erscheinen. Dieser Leitgedanke, dieser gemeinsame geistige Nenner für alle in der Ideologie der Neuen Linken zusammengefaßten Denkrichtungen ist die linke Einstellung der Träger dieser Bewegung. Diese Einstellung äußert sich in der Bereitschaft zu einer rücksichtslosen Kritik alles Bestehenden. Die linke Einstellung, die vorherrschende Neigung zu rationaler Kritik der als irrational erlebten Gegenwart, ist zunächst nur die Voraussetzung einer bestimmten geistigen Verhaltensweise, sie ist Denkmethode, noch nicht Denkinhalt. Aus linker Einstellung erwächst progressives Denken — ein Denken, das von der Gegenwart aus in die Zukunft vorstößt. Linkes Denken muß, um kalkulierbare Größen zu erhalten, vom Ballast der Emotionen und der Denktraditionen weitgehend abstrahieren. Seine Denkinhalte sind rationale Ideale, die es in der Zukunft zu realisieren gilt. Die linke Einstellung bedingt von der Methode her eine gewisse Vorwahl der theoretischen Systeme, die in ihren Elementen Affinität zu der linken Einstellung zeigen, und mit deren Hilfe die Zukunft konstruiert werden soll.

6. Die Neue Linke umfaßt ein breites Spektrum von Denkrichtungen. Die jungen Anhänger dieser Bewegung haben bisher kein origi-

näres System ihrer Theorie der Gesellschaftskritik geschaffen. In gleichem Maße, wie die Neue Linke den verschiedenen Propheten, die meist aus der Generation ihrer Väter, ja sogar ihrer Großväter stammen, folgt, findet sie den Ausdruck ihrer Gefühle und Gedanken von diesen geistigen Führern im wahrsten Sinne des Wortes vorgeschrieben.

Es sind vor allem vier wesentliche Denkrichtungen zu unterscheiden:

a) Der Existentialismus war willkommen als Denksystem, das dem Erlebnis der individuellen Vereinzelung Ausdruck gab. Er sieht den Menschen als einen beziehungslos in eine sinnlose und feindliche Umwelt „Geworfenen“; aus dieser Situation kann nur das individuelle Engagement, die autonome Setzung des Zieles durch den Einzelmenschen herausführen. Die Vorstellung, mit dieser Setzung einer geistigen Elite anzugehören, findet hier ihre Ansatzpunkte und ihre Formulierungen.

b) Die Psychoanalyse dient dem Bedürfnis, kausale Zusammenhänge innerhalb einer umfassenden animalischen Gesetzmäßigkeit auffinden zu können. Die Auffassung des Menschen als eines primitiv-biologischen Wesens, das einen Soziologisierungsprozess durchmacht, eine „Zähmung“ (Freud) mit frühen Vorprägungen und fast mechanisch wirkenden Verhaltensschemata, unterstützt den Zweifel an der Gültigkeit konventioneller Werte. Diese Auffassung erscheint wenigstens als Teillösung des Welträtsels. Gegenüber solchen tiefgründigen Erklärungsversuchen sind die nur politologischen oder ökonomischen Theorien als oberflächlich zu betrachten. Der besondere Reiz der Psychoanalyse als wissenschaftlich praktizierter Enttabuisierung sei hier nur nebenbei erwähnt. Er kommt dem Bildersturmbedürfnis der jungen Intellektuellen entgegen.

c) Die romantisierende Kulturkritik der Neuen Linken — eine moderne Form Rousseauscher Verherrlichung des „Edlen Wilden“ — ist zugleich eine Kritik an den Zuständen der entarteten Kultur der nordatlantischen Industrieländer. Kämpferische Wirklichkeit erlangt dieser Protest gegen den „faulen Westen“ in den Befreiungskämpfen der kolonialen und halbkolonialen Völker. Hieran entzündeten sich die Gefühle für menschliche Gerechtigkeit, die Sehnsucht nach edler Primitivität, die Verherrlichung der Partisanenromantik und das Verlangen nach dem Abenteuer des radikalen Neubeginns einer jungen Gesellschaft.

d) Schließlich — als letzte und entscheidende Denktradition — bestimmen verschiedene Richtungen des Nachfolgemarxismus den geistigen Horizont der Neuen Linken. Vorherrschend sind hier wiederum die anarchistischen Denkelemente des Marxismus. Die permanente Revolution der Trotzisten ist ein adäquater Ausdruck für die unermüdliche Kritik des Bestehenden seitens der Neuen Linken. Doch ist die Vorherrschaft der Trotzisten noch durch einen anderen Umstand bedingt.

Die Enttäuschung über die gesellschaftlichen Zustände erwuchs auch aus dem Erlebnis des Immobilismus der politischen Lage nach dem letzten Kriege, als der Fortschritt der Welt im „Kalten Krieg“ der beiden Supermächte zu erstarren drohte. Hinzu kam die Fehlentwicklung des Marxismus bei seiner Praktizierung in der Sowjetunion. Bald war die Formel für diese Deformation gefunden: „Stalinismus“ hieß sie.

Dieser Sündenbock hatte Schuld an allen Mißerfolgen. Er hatte aber auch Trotzki ermorden lassen; so wurde dieser zum letzten Propheten des Marxismus und seine Anhänger zu Gralshütern der reinen Lehre der Revolution.

Ein weiteres Ereignis förderte die diasporaartige Verbreitung neo-marxistischen Denkens außerhalb der kommunistischen Parteien. Die Niederwerfung des ungarischen Aufstandes hatte für den organisierten Extremmarxismus eine vor allem die Organisationen treffende Sprengwirkung. So entstanden viele linkssozialistische Sekten, die um die Verbreitung ihrer Lehre — meist erfolgreich — bemüht waren, konnten sie doch noch unter der Fahne der Gegnerschaft zu den etablierten Kommunisten segeln. Die Folgen der Ereignisse um die CSSR werden ähnlich sein und sich nur durch den Grad ihrer Auswirkungen unterscheiden, denn jetzt treffen die Kommunismuskritiker und Marxismusanhänger auf die ausgebaute Aufhängstellung der Neuen Linken.

Wichtig als Ausgangspunkt neo-marxistischer Sektenbildung ist auch der Gegensatz zwischen Rot-China und der Sowjetunion. Auch auf dieser Grundlage stieg die Zahl der Keimzellen „wahren“ marxistischen Denkens.

Außer diesen nachfolgemarxistischen Richtungen, die im wesentlichen die Revolutionstheorie ausbauen, gibt es weniger spektakuläre Tendenzen, die das alte originär-marxistische Erbe der soziologischen und ökonomischen Analyse verwalten. Klassenkampf und kapitalistisches Wirtschaftschaos sind auch für die

Neue Linke keineswegs veraltete Begriffe oder Termini.

Eine besondere Sparte des Neo-Marxismus, und zwar eine Weiterführung der technologischen Theoreme der Originallehre, scheinen mir gewisse Denkmodelle der Futurologie zu sein. Die Werkzeuge des Menschen, vom Alt-Marxismus als Leitfossilien zur Bestimmung vergangener Gesellschaftsformationen genutzt, werden nun als Wegweiser in die Zukunft zu neuer Ehre erhoben.

Diese Denkrichtungen als geistige Fundamente der Neuen Linken sind untereinander Verbindungen eingegangen. Besonders hervorzuheben wäre die Verbindung der Psychoanalyse mit der marxistischen Soziologie. Doch hat auch der existentialistische Marxismus, der besonders die Auseinandersetzung mit dem originär-marxistischen Problem der Entfremdung in modernisierter Formulierung pflegt, für den Welt- und Kulturschmerz der Neuen Linken einen geschätzten Aussagewert.

7. Die stets aktuelle Bedeutung der Neuen Linken besteht in der durch sie aufgerührten Problematik einiger Grundtatsachen des menschlichen Zusammenlebens.

Es sind dies die Probleme der Revolution oder der Evolution der Gesellschaft, das Problem der Gewalt, die Chance der Gewaltlosigkeit. Ein Kernpunkt der Auseinandersetzung ist das Wesen der Herrschaft, als deren Negation die Anarchie erscheint, schließlich — mit allen vorgenannten Problemen zusammenhängend — das Phänomen menschlicher Autorität, das Gewicht einer menschlichen Persönlichkeit im Zusammenleben mit ihren Mitmenschen. Dabei darf auctoritas nicht mit potestas, Staatsgewalt, Amtsgewalt, verwechselt werden; diese ist ein Teilbereich der Herrschaftsproblematik. Die Dialektik der Probleme Anarchie und Autorität scheint zentral für die Neue Linke zu sein. Die Schwierigkeit für die Neue Linke liegt in dem Umstand, daß der praktizierte Anarchismus in Gegensatz gerät zu der Notwendigkeit der Autoritätsanerkennung, da nur diese die Bildung einer Gesinnungsgemeinschaft ermöglicht. Doch ist wiederum das Verlangen nach radikaler Kritik per definitionem an sich autoritätsfeindlich; das Auftreten von sektiererischen Partialautoritäten verstärkt nur die Zerrissenheit der Gesellschaft. Die Autoritätsfeindlichkeit, wie sie von der Neuen Linken praktiziert wird, erweist sich als zerstörerisch für jede menschliche Gesellschaft.

8. Das Ziel des etablierten Kommunismus, eine spezifische Gesellschaftsformation aufzubauen, bedingt seine kritische Einstellung gegenüber der Neuen Linken. Umgekehrt kritisiert die Neue Linke den etablierten Kommunismus. Diese Bezeichnung bezieht sich auf die herrschenden kommunistischen Parteien. Die in vielen Verlautbarungen geäußerte Kritik speziell am Kommunismus sowjetischer Prägung dient der Neuen Linken — oft unbeabsichtigt — als politisches Alibi. Die Weltöffentlichkeit, an das Denkschema Ostblock-Westblock gewöhnt, wertet jede Kritik an der Führungsmacht des Ostblocks, an der Sowjetunion, für den Kritiker als einen Ausweis für dessen Zugehörigkeit zum Lager der Ostblockgegner. Unterstützt wird diese Fehleinschätzung der politischen Stellung der Neuen Linken durch die allgemeine Neigung, in gewissen Abständen den Tod jeglicher Ideologien zu verkünden. Diese Art der Gesundheitsbeterei ergibt sich aus den verschiedenen Motiven. Der begreifliche Widerwille gegenüber der Engstirnigkeit mancher Ideologien und die daraus resultierende Hoffnung auf die kritische Einsicht der ehemaligen Anhänger einer Ideologie soll hier nicht behandelt werden. Wichtiger — und infolge ihrer Realitätsferne eher besorgniserregend — ist der Versuch, überall Auflösungserscheinungen im Kommunismus zu sehen. Die hierfür übliche Formel lautet: Polyzentrismus. Mit ihr soll das Gespenst des revolutionären marxistischen Kommunismus gebannt werden. Die Hoffnung auf Abschwächung der politischen Stoßkraft des revolutionären Gedankens, die mit der Feststellung eines Polyzentrismus verbunden wird, geht von der Annahme aus, daß die Bildung vieler organisatorischer Zentren den tragenden und vereinigenden Gedanken einer geistigen Bewegung abtöten könnte. Sicherlich könnte dies geschehen. Doch wäre es dann nur ein Beweis, daß die geistigen Grundlagen der Bewegung bereits vorher ihre Virulenz verloren hatten.

Die Neue Linke ist eher ein Beweis dafür, daß ihre geistigen Triebkräfte äußerst virulent sind. Dabei sind die Organisationsformen der Neuen Linken, wenn von ihnen überhaupt die Rede sein soll, ein Paradebeispiel des Polyzentrismus.

Eine andere Argumentationsmethode bei der Beurteilung des Verhältnisses von herrschendem Kommunismus zur Neuen Linken hält sich an die Kritik, die seitens der ideologischen Wortführer im Ostblock an der Neuen Linken geübt wird. Solche kritischen Äußerungen lie-

gen in großer Zahl vor. Doch sollten sie richtig gewertet werden. Unübersehbar neben allen Bemerkungen, die sich auf Disziplinlosigkeit und ideologische Unschärfe der Neuen Linken beziehen, steht die Formel: Die Neue Linke ist die Reservearmee des Weltkommunismus. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß sich die kritischen Darstellungen, die z. B. in der sowjetischen Publizistik über Zustände im kapitalistischen Ausland gegeben werden, fast ausnahmslos, d. h. abgesehen von den Berichten der Auslandsvertreter der sowjetischen Massenmedien, auf die Äußerungen von Vertretern der Neuen Linken in diesen Ländern stützen.

9. Die Neue Linke ist eine internationale Bewegung, die neben ihrer organisatorischen Vielschichtigkeit und scheinbaren Zusammenhanglosigkeit einen unübersehbaren geistigen Konsensus zeigt.

Dieser Konsensus wird erkennbar in der Anerkennung derselben geistigen Führer, in der Vertretung der gleichen Ideen, in der Anwendung der gleichen Argumentation und der gleichen Aktionsmethoden.

Dieser Zusammenhang wird zum Teil erklärbar durch die Art der Verbreitung des Gedankengutes der Neuen Linken, die sich vornehmlich auf die Hochschulen konzentriert. Ferner sind hier die Verbindungswege der geistigen Missionstätigkeit von Bedeutung. Die Neue Linke, wie wir sie jetzt kennen, entstand in den USA in Zusammenhang mit ähnlichen Vorgängen in England, wobei für diese Wechselwirkung insbesondere die sprachlich-kulturellen Beziehungen entscheidend waren. Doch hat die Bewegung erst in den USA Schwung und überzeugende Argumentationsfülle bekommen. Das allgemeine Vorbild, das die USA für das Nachkriegsdeutschland abgaben, wurde gefördert durch den studentischen und allgemeinakademischen Austausch und wirkte dann von Übersee her in die Bundesrepublik.

Auf die Gründe für diese bereitwillige Rezeption nordamerikanischer sozialkritischer Verhaltensmodelle sollte näher eingegangen werden.

Die Neue Linke in den USA mit ihren wichtigsten Organisationen, dem SNCC (Students Non-Violent Coordinating Committee) und dem SDS (Students for Democratic Society), wurde dort als eine autochthone nordamerikanische Sozialbewegung aufgefaßt, vergleichbar den Populisten der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und den Industrial Workers of the World (IWW = Wobblies) der Jahr-

hundertwende. Sie erscheinen als politischer Neubeginn. Viele ihrer sozialen Forderungen mochten allein in der amerikanischen Szenerie Bedeutung haben (Negerproblem), manche waren gegenüber der in der Bundesrepublik verwirklichten sozialen Errungenschaften überholt. Die Organisationsformen aber, das Suchen nach dem Neubeginn, die Frische, mit der die Forderungen vorgetragen wurden, die neuen Demonstrationsmethoden beeindruckten die bürokratiemüden jungen Intellektuellen der Bundesrepublik und andere junge Leute mit sozialrevolutionären Idealen, die sie gegen jede Tradition durchsetzen wollten.

Die allgemein in den Industriestaaten rezipierte Thematik der Neuen Linken, als deren wesentliche Punkte hier Hochschulkritik als Schlüssel der Gesellschaftskritik und Anti-Vietnamkriegs-Kampagne zu nennen wären, wirkte sich dann, befeuert durch viele international beschickte Veranstaltungen, in anderen europäischen Ländern aus. Zu nennen wären mit Vorrang Frankreich und — weniger wichtig — Italien, Holland, Belgien, die skandinavischen Länder.

10. Die Vorgänge in der CSSR sind ein Prüfstein für die Bedeutung der Neuen Linken.

Ebenso wie nach der Niederwerfung des Aufstandes in Ungarn im Jahr 1956 ging nach der Okkupation der CSSR durch die Sowjetunion eine Welle der Empörung um die Welt, die sich in starken Worten äußerte. Allenthalben wurden Protestresolutionen verfaßt und bereitwillig von den verschiedenen Leuten unterschrieben. In diesem Chor waren die Stimmen der Neuen Linken kräftig vertreten, das heißt also, Stimmen aus dem linkssozialistischen, revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Lager.

Man kann sagen, daß diese Stimmen Ende August und im September 1968, verglichen mit den Meinungsäußerungen von linker Seite nach dem Ungarnaufstand, zahlreicher waren und vor allen Dingen mehr Beachtung fanden.

Dies ist zunächst eine Bestätigung dafür, daß die Neue Linke im Bewußtsein der Öffentlichkeit jetzt fest etabliert ist und entsprechende Beachtung findet. Sie wußte außerdem, was sie ihrem antistalinistischen „Image“ schuldig war.

Damals, im Jahr 1956, äußerten sich die Proteste meist in Parteiaustritten und Parteineugründungen, waren eine eher interne Angelegenheit und wurden häufig schadenfroh als kommunistisch-linksozialistische Sektenbil-

derung registriert. Jetzt aber gelten die Vertreter der Neuen Linken als Sachverständige, als arbitri elegantiarum, wie moderner Kommunismus auszusehen habe.

Dafür soll ein Beispiel unter unzähligen genügen: Am 26. August 1968 brachte „Der Spiegel“ ein Interview mit Ernst Fischer, damals noch Mitglied des ZK der KPO. Fischer äußerte sich noch am 20. August zu der etwa möglichen Entwicklung in der CSSR. Nach seiner Meinung würde in Prag unter großen Schwierigkeiten „ein neues Modell erarbeitet“. Das Geschehene werde allerdings in Ost und West falsch beurteilt. „Im Westen hofft man auf einen Zerfall des Kommunismus, im Osten sieht man hinter den Prager Ereignissen eine schleichende Konterrevolution.“ Fischer meinte im Namen der tschechoslowakischen Kommunisten zu sprechen, wenn er erläuterte: „... wir halten die Prager Reformen für einen außerordentlichen und moralischen Erfolg des Kommunismus. Wir sind überzeugt, daß der Kommunismus jetzt aufhört, ein Schreckgespenst zu sein, daß der Kommunismus die Chance hat, attraktiv zu werden.“

Nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR äußerte Fischer seine Empörung: „Diese Aggression ist ein Bruch des Völkerrechts, aller Grundsätze des Sozialismus ... Panzer haben eine große Hoffnung zermalmt. Dennoch: was vor acht Monaten in Prag begonnen hat, die Entwicklung eines demokratischen humanen Sozialismus, wird auf die Dauer stärker sein als jede Gewalt und jede Phrase.“

Nach einer solchen Veröffentlichung der Meinung dieses prominenten Vertreters der Linken konnte bei dem Teil der politisch interessierten Öffentlichkeit der Bundesrepublik, der sich aus dem renommierten Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ informiert, der Eindruck entstehen, als ob der vorherrschende Tenor der Verlautbarungen der Neuen Linken zu dem Thema CSSR-Okkupation aus Lob für die tschechischen Reformer und Tadel für das Vorgehen der Sowjetunion bestanden hätte. Doch hätte man schon früher auf gewisse Nuancen achten müssen.

11. Die Neue Linke war in der Beurteilung der Vorgänge in der CSSR bereits vor dem Einmarsch der Sowjetunion nicht einer Meinung. Rudi Dutschke zeigte im Gegensatz zu Fischers rückhaltloser Begeisterung eine leichte Reserve gegenüber den Prager Experimenten. In einem Interview zu Beginn einer im März 1968 unternommenen Prag-Reise, das

in „Konkret“ Nr. 5/1968 abgedruckt wurde, sagte er mit Bezug auf die „Demokratisierung“ in der CSSR: „Es besteht allerdings die Gefahr, daß es bei den demokratischen Kräften in den sozialistischen Ländern zu einer zeitweiligen Verherrlichung bürgerlich-demokratischer Formen kommt (Liberalisierung).“ Und noch deutlicher: „Rosa Luxemburgs Definition ‚Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden‘ ist kein Plädoyer für die Freiheit von Faschisten; d. h., Rosa spricht für die Entfaltung der Demokratie auf der Grundlage der nicht mehr in Frage zu stellenden sozialistischen Basis.“ Die von Dutschke für die sozialistische Basis befürchtete Gefahr nennen die Sowjets beim Namen: „Konterrevolution“.

Die Beteuerungen der Sowjetunion, sie sei gegen die Konterrevolution eingeschritten, meinte die Neue Linke als unglaubhaft darstellen zu müssen. Ihr ging es um die Reform des Kommunismus. Darum verkündet die Neue Linke allenthalben, die nationale Widerstandsbewegung gegen die Hegemonie der Sowjetunion sei unbedeutend gewesen. Es sei der neue Geist des Sozialismus, den die Sowjetunion unterdrückt habe. Jeglicher Nationalismus, für die Neue Linke ein Schreckgespenst, durfte auch in der CSSR nicht als psychopolitische Potenz auftreten.

Die Leugnung dieser politischen Potenzen läßt nur die halbe Wahrheit über die Ereignisse in der CSSR bekannt werden. Doch kann man aus Gründen des Taktes und auch zwecks Schonung der Beteiligten dieser falschen, weil einseitigen Darstellung der Sachlage nicht mit detaillierten Angaben widersprechen, indem man etwa auf manifeste Beispiele rein nationaler Empörung hinweist oder aber Namen von Orten und Personen nennt, die solche Vorfälle eindeutig präzisieren würden.

Jedoch sei die Meinung eines ehemaligen tschechischen Sozialdemokraten, Izak Hruska, als Hinweis auf die wirklichen Ereignisse zitiert. Sie wurde in den Nummern 5 und 6 des Jahrgangs 1968 der nordamerikanischen Zeitschrift „Dissent“, eines Organs der dortigen Neuen Linken, vor und nach dem 21. August 1968 veröffentlicht: „Für unsere Gesinnungsgenossen werden die kommenden Monate schwierig sein“, schrieb Hruska vor dem Einmarsch der Sowjets. „Sie wissen, daß es töricht wäre, den Streit auf die Spitze zu treiben, so daß Moskau intervenieren oder einen Staatsstreik in Prag veranstalten könnte. Doch wissen sie auch, daß ohne ihren offen ausgeübten Druck auf das Dubcek-Regime dieses sich in

einem mehr oder weniger wohlwollenden autoritären System konsolidieren würde, wodurch das Verlangen nach einer allgemein anerkannten demokratischen Erneuerung bitter enttäuscht werden würde." Im November 1968 bezeichnete Hruska die Rolle von Dubcek als unklar, die Sowjets hätten Dubcek letztlich geholfen, eine Entwicklung, die er nicht meistern konnte, in den Griff zu bekommen. Eine Wendung zu einem Regime, wie das Gomulkas in Polen, sei durchaus möglich.

Je mehr Zeit seit dem August 1968 vergeht, desto größer scheinen die Zweifel bei der Neuen Linken zu werden, ob in den ersten acht Monaten des Jahres 1968 in der CSSR alles getan wurde, um trotz „Demokratisierung“ die „sozialistische Basis“ zu erhalten. Der Streit in der Münchner Zeitschrift „Kürbiskern“ ist in dieser Hinsicht aufschlußreich. Der Chef-Redakteur Yaak Karsunke wollte in den Kommentaren zu der Okkupation in der CSSR die gegensätzlichen Meinungen zu diesem Problem veröffentlichen. Anscheinend sollte die Sowjetunion getadelt werden, wenn auch daneben apologetische Meinungen über das Verhalten der Führungsmacht des Weltkommunismus laut werden sollten. Doch der Angriff auf die Sowjetunion war den drei Redakteuren Hannes Stütz, Manfred Voß und Friedrich Hitzer nicht genehm. Stütz gehört zu den Unterzeichnern des DKP-Manifestes. Karsunke hat nach dieser Auseinandersetzung den „Kürbiskern“ verlassen.

12. Die Neue Linke neutralisiert die Empörung über die Okkupation der CSSR.

Der bereits erwähnte Hruska meint feststellen zu können, daß die Welt sich an den Schrecken gewöhne. Als Ungarn besetzt wurde, empörte sich die ganze Welt, „jetzt wird ein solcher Vorfall als Routineangelegenheit genommen“. An dieser Entwicklung zum Übergang zur Tagesordnung ist die Neue Linke nicht unbeteiligt.

Hier sind Einschränkungen zu machen: Die Beteiligung der Neuen Linken beruht nicht auf Planung, aber ihre Auswirkung ist nichtsdestoweniger evident. Zwecks Erläuterung dieser Behauptung muß zunächst ein Irrtum in der prognostischen Bewertung der psychopolitischen Folgen des Einmarsches der sowjetischen Truppen in die CSSR für die Sowjetunion zugegeben werden.

Man konnte der Meinung sein, daß die Sowjetunion eine Intervention in der CSSR nicht wagen würde, weil sie damit das mühsam auf-

gebaute Bild einer friedliebenden Sowjetunion zerstören könnte, wodurch sie sich die propagandistisch-agitatorische Arbeit in aller Welt erschweren würde. Die Kritik an der Intervention und der Abscheu vor der Gewaltpolitik, so war anzunehmen, würden auch der Volksfrontpolitik schweren Schaden zufügen. Doch die bisherige Entwicklung beweist in zunehmendem Maße, daß die Schädigung der weltweiten Propagierung der Ziele der sowjetischen Politik geringer zu sein scheint, als zuerst vermutet wurde.

Bei dieser Entwicklung der Dinge spielte die Neue Linke eine wichtige Rolle auf der Szenerie der nach dem Einmarsch der Sowjetunion in die CSSR veröffentlichten politischen Meinung.

Die Neue Linke ist beschrieben worden als geistig-politische Bewegung mit nur rudimentären Organisationsansätzen und anarchistischer Verachtung jeder ideologischen Direktive, die von einer Zentralstelle mit autoritärem Anspruch ausgehen könnte. Es liegen daher die verschiedensten Meinungsäußerungen aus den Kreisen der Neuen Linken zur CSSR-Besetzung vor. Die Vorgänge um den „Kürbiskern“ sind ein Beispiel des internen Meinungsstreites.

Dennoch ist ein erstaunlicher ideologischer Konsensus festzustellen, der, ohne dirigistische Sprachregelung in den Meinungsäußerungen, die Neue Linke in einigen Grundüberzeugungen eine einstellungsmäßig gemeinsame Position beziehen läßt.

Als Grundüberzeugung der Neuen Linken wird übereinstimmend festgestellt, daß sie „gegen Beifall und Empörung auf der falschen Seite“ ist, wie es in einem Flugblatt der Neuen Linken anlässlich der Invasion in die CSSR heißt. Die jetzt einsetzende antikommunistische Kampagne wurde als scheinheilig bezeichnet, „denn der für alle Bundesbürger offensichtliche Beweis der Möglichkeit des demokratischen Sozialismus ist ja für die herrschenden Gruppen der Bundesrepublik viel gefährlicher als das Schreckgespenst des Stalinismus, dessen Beschwörung in unserem Lande dazu dienen soll, sozialistische Bestrebungen leichter in Schach zu halten und öffentlich zu verketzern Das schließt jeden gemeinsamen Protest mit den Repräsentanten des Kapitalismus aus.“

Von dieser Einstellung aus ergibt sich ein interessanter Gang der Argumentation: Die Neue Linke kann die politische Realität und

die Bedeutung anti-sowjetischer oder anti-kommunistischer, letztlich aber nationaler Strömungen in der CSSR nicht zugeben, denn sonst käme der „Beifall von der falschen Seite“. Sie muß also ihrem eigenen geistigen Weltbild zuliebe der sowjetischen Konterrevolutionsthese widersprechen. Indem die Neue Linke die Realität einer nichtkommunistischen Alternative zum kommunistischen Experiment in der CSSR leugnet, neutralisiert sie ungewollt die antikommunistischen Vorwürfe gegen die Sowjetunion. Die ideologisch bedingte Frontstellung der Neuen Linken gegen jeden Anti-Kommunismus macht sie im Effekt zum „potentiellen Verbündeten“ der Sowjetunion, der Führungsmacht des Weltkommunismus. Andererseits stellt die Mißachtung der nationalen, anti-kommunistischen Opposition seitens der Neuen Linken das Problem des Reformkommunismus in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung.

Es ist zu erwarten, daß in Kürze alle Welt, Freund und Feind des Kommunismus, die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit einer Reform des Kommunismus diskutieren wird. Dadurch wird implizite der Kommunismus aufgewertet, denn etwas, was reformbedürftig ist, ist vielleicht auch reformwürdig, das heißt im Grundsatz nicht verfehlt.

Die Frage nach den kommunistischen Grundsätzen aber ist bei der Diskussion um den Reformkommunismus die entscheidende. Die Neue Linke spricht sich in allen Meinungsäußerungen zur „konkreten Utopie“ der neuen Gesellschaftsordnung für die endliche Verwirklichung der reinen Lehre des Kommunismus aus, so undifferenziert diese Zukunftsentwürfe im Detail auch sein mögen: Die Methode des radikalen Abbaus des Bestehenden zwecks Neuerrichtung eines „anständigen Wohnhauses“ (H. Marcuse) wird widerspruchslos von allen akzeptiert. Es lassen sich in den Verlautbarungen der Neuen Linken keine Denksätze erkennen zu einer Reform des Kommunismus, die sich bewußt von diesen Grundsätzen abzuwenden bereit wäre. Doch erst die Absage an die Grundsätze wäre diskussionswürdig, und nur in diesem Sinne wäre eine Reform des Kommunismus akzeptabel.

Eine andere Möglichkeit, die Kritik am Kommunismus aufzufangen, ergibt sich, wenn man über die Vorgänge in der CSSR schweigt. Bezeichnenderweise berichtet die „Neue Kritik“, Heft 50, das nach dem 23. Delegiertentag des SDS Ende des Jahres 1968 erschien, nur von

internen Organisationsschwierigkeiten. Bernd Rabehl erwähnt allerdings einmal die Tschechoslowakei in einem Nebensatz, um auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß jetzt mit Wiederaufleben des Kalten Krieges die Polizei wahrscheinlich schärfer gegen die APO vorgehen würde.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Meinungsäußerungen der Neuen Linken hinsichtlich der Vorgänge um die CSSR und damit zur Machtpolitik der Sowjetunion etwa folgendem Muster folgen: Das Vorgehen der Sowjetunion gegen den Reformkommunismus in der CSSR ist zu mißbilligen; man sollte sich aber durch eine solche Feststellung nicht zu einer allgemein feindlichen Haltung gegenüber der Sowjetunion verleiten lassen. Tonangebend in dieser Richtung sind die Jugoslawen, schon immer die Lieblingskommunisten der Neuen Linken.

Ist diese Position gewonnen, dann kann man auch zu einer vorsichtigen, aber direkten Verteidigung der Sowjetunion und des Kommunismus in der Sowjetunion übergehen. Ein Beispiel dafür bietet Erich Kuby („Ein Lehrgang in Hoffnung“, SZ v. 7./8. 9. 1968), der das behutsame Vorgehen der Sowjettruppen in der CSSR der alle Gegensätze überwölbenden, einigenden Kraft des internationalen Kommunismus zuschreibt. In einer solchen Betrachtung ist dann allerdings kein Platz mehr für die Würdigung eines prinzipiellen Widerstandes gegen jegliche freiheitsfeindliche Generallinie einer rationalen Heilslehre.

Auf diese Weise funktioniert die Neue Linke tatsächlich, wenn auch nicht einem dirigistischen Plan folgend, als eine geistige Auffangstellung und Reserve für die Aktionen des weltrevolutionären Gedankens im Westen. Es wird zu beobachten sein, welche Tendenzen der Neuen Linken bei ihrer Kritik an der Gesellschaft sich in diesem Prozeß als besonders hartnäckig und virulent erweisen werden.

Die Neue Linke ist bereits viel zu stark, als daß man noch sagen könnte: *principiis obsta*. Jedoch die Zäsur im Ablauf der Tagespolitik, der Einmarsch in die CSSR, hat blitzartig die politische Szene erhellt. Viele Vertreter der Neuen Linken wurden veranlaßt, ihren gelegentlichen Befürchtungen und Hoffnungen Ausdruck zu geben, die um die Schaffung, Sicherung und Erhaltung der „sozialistischen Basis“ kreisten. Jetzt ergibt sich die Gelegenheit zu sagen: *cognosce principia*.